

UNIVERSITÄTSDIREKTION



An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Zahl P/05-146/92

BUNDESGESETZENTWURF	
152-GE/19 P2	
Datum: 26. JAN. 1993	
Erstellt: 27. Jan. 1993	

*St. Wörner*


Wien, 25. Januar 1993

**Betreff: Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, Aussendung zur Begutachtung;  
BMWF GZ 68.211/30-I/B/5A/92 vom 3. Dezember 1992.**

Die Universitätsdirektion der Wirtschaftsuniversität Wien beehrt sich beiliegend 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zu übermitteln.

Um gef. Kenntnisnahme und weitere Veranlassung wird gebeten.

Der Universitätsdirektor:

  
*Romana Bauer*  
Romana Bauer

**Kopie:**  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Abteilung I/B/5A

STUDIENKOMMISSION BETRIEBSWIRTSCHAFT  
AN DER WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung  
Abt. I/B/5A

21. 1. 1993 *one*

im Wege der Universitätsdirektion

POS-146/92

1993 01 19

Betreff: Stellungnahme zur Novelle zum Bundesgesetz über  
sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien-  
richtungen - GZ 68.211/30

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Dr. Korsche!

Fristgerecht übersende ich Ihnen hiermit eine kurze Stellungnahme  
zur Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissen-  
schaftliche Studienrichtungen:

Unter Punkt 9 des vorliegenden Entwurfs ist die Erweiterung des  
12 um den Absatz 4 mit folgender Formulierung geplant:

"(4) Ausländische Studierende, deren Mutter- oder Bildungssprache  
nicht Deutsch ist, sind berechtigt, Deutsch als lebende Fremd-  
sprache gemäß Abs. 2 zu wählen."

Ich plädiere dafür, diesen Absatz zu streichen.  
Begründung:

- (1) Eine derartige Wahlmöglichkeit würde eine beträchtliche  
Diskriminierung der Studierenden mit Deutsch als Mutter- oder  
Bildungssprache darstellen.
- (2) Angesichts der Tatsache, daß von einer derartigen Wahl-  
möglichkeit derzeit mehr als 1000 Studierende an der Wirt-  
schaftsuniversität betroffen wären, wäre die Einrichtung  
eines eigenen Ordinariats mit einer entsprechenden hohen  
personellen Ausstattung wohl unumgänglich. Dies dürfte bei  
der derzeitigen Budgetsituation größere Probleme  
bereiten.

Hinsichtlich der übrigen geplanten Änderungen habe ich keine  
Einwände.

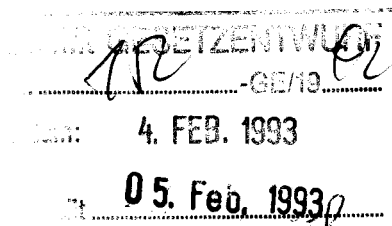
Mit vorzüglicher Hochachtung

*[Signature]*  
o. Univ.-Prof. Dr. Peter Faller



Fakultätsvertretung SOWI  
an der Universität Wien  
Dr. Karl Luegerring 1  
1010 Wien  
Tel.: 40103/2253

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Dr. Karl Rennering 3  
1010 Wien



Wien, am 29.1.1993

Betreff: Novelle zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien

Sehr Geehrte Damen und Herren !!

Die Fakultätsvertretung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien lehnt die Abschaffung des Studienzweiges der Studienrichtung BWL „Öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung“ ab. Die angeführte Begründung für die Abschaffung erscheint uns mehr als nur fragwürdig. Wir sind davon überzeugt, daß die Attraktivität des Studiums durch eine Reform beträchtlich gesteigert werden könnte.

mfg

  
Rützler Martin  
(Vorsitzender)

